

# Der FUNKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zusätzlich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7 Jannowitz 1909. Postcheckkonto Berlin Nr 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.)

NUMMER 314 A

BERLIN • Sonnabend, den 4. Februar 1933

2. JAHRGANG

# Polizeifeldzug gegen links

## AUS DEM INHALT:

Verdächtige Eile bei der Reichstagsauflösung.  
Der Bürgerkrieg geht weiter.  
Republikaner blicken auf Deutschland.  
Massenstreiks in Rumänien.  
Der Welthandel 1932.

## Die nächste Aufgabe der Einheitsfrontarbeit.

W—er. Die Frist für die Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl am 5. März läuft am 19. Februar ab. Die Reichsregierung hat den Termin für die Neuwahlen offenbar deshalb so früh angesetzt, weil sie den Rausch der Fackelzüge und Begrüßungstelegramme ausnutzen wollte zur Gewinnung einiger Stimmen. Freilich wird bei der Entwicklung, die der „präsidiale Gedanke“ und die „autoritäre Staatsführung“ seit einigen Jahren genommen haben, nur ein Tor damit rechnen, daß Hitler und Hugenberg sich in ihrem Gewissen sehr beschwert fühlen, wenn ihnen zur Ausübung ihrer bisher übereigneten Befugnisse am 5. März einige Prozent an Wählerstimmen das Ja verweigern. Im Gegenteil: Jeder weiß aus dem Ergebnis des Briefwechsels zwischen Hitler und Kaas, daß die jetzige Reichsregierung mindestens ein Jahr lang von der parlamentarischen Zustimmung unabhängig sein, d. h. also, daß sie mindestens ein Jahr lang nach Belieben schalten und walten wollte.

Was das bei einer Hitler-Hugenberg-Regierung bedeutet, geht aus den paar positiven Taten des Kabinetts deutlich hervor: Hitler hat die politischen Rechte der Arbeiterschaft zu vernichten und Hugenberg die sozialpolitischen.

Die Arbeiten dieser Regierung verlaufen also durchaus programmgemäß!

Den ziemlich sicheren Tod der Arbeiterbewegung vor Augen, glotzen die Führer der großen Arbeiterparteien wie Kaninchen, bevor die Schlange sie frißt, dieser in den Rachen — mit dem einzigen Unterschied, daß für sich betrachtet Menschen von Natur aus intelligenter und vernünftiger sind als Kaninchen. Der Vernichtungsfeldzug gegen die Arbeiterschaft nimmt von Tag zu Tag zu; schon längst erstreckt er sich nicht mehr nur auf kommunistische Organisationen, was vielleicht manche kleinallichen und hämischen Geister sogar von Arbeiterorganisationen befriedigen mochte, längst werden sozialdemokratische Kundgebungen verboten, sogar zentrale Kundgebungen in der Reichshauptstadt, und zwar deshalb, weil ein SA-Mann beerdigt wird. Dies alles geschieht

unter den Augen der Arbeiterschaft und ihrer Führer in täglich steigendem Maße

und „Vorwärts“ und „Rote Fahne“ schreiben lustig weiter wie einst im Mai, stellen sich auf den Tisch die duftigsten Erzeugnisse einiger in Verleumdungen begabter Redakteure und lassen in nichts erkennen, daß sie sich auch nur zum Teil verantwortlich fühlen von dem Schicksal der gesamten Arbeiterschaft.

Wir hatten vor einiger Zeit auf einige Artikel des „Vorwärts“ aufmerksam gemacht, die einen besinnlicheren Charakter aufwiesen und offenbar aus der Feder Paul Löbes stammten, der von den Sozialdemokraten mit am ehesten für eine nicht völlig verbogene Unterhaltung über die Einheitsfront zu haben ist. Auf diese Artikel, die keinerlei beachtenswertes Echo oder Eingehen durch die kommunistische Presse fanden, folgten dann bald andere, wie ein wehleidiger des dekadenten Friedrich Stampfer über die tapferen Kommuni-

## Trommelfeuer auf die Arbeiterschaft.

Die preußische Polizei hat eine Sammelaktion für Papier veranstaltet, die bereits zu einer reichen Ausbeute geführt hat. In Ermangelung eines zugkräftigen Etiketts wird das beschlagnahmte Papier einseitig als „hochverräterische Schriften“ deklariert! Solche Beschlagnahmungen sind gemeldet aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus, und den Essener und Düsseldorfer Geschäftsräumen der KPD. Kennzeichen für den hochverräterischen Inhalt der Schriften scheint nach den Polizeimeldungen das Vorkommen des Wortes „Generalstreik“ zu sein. Den Vogel in bezug auf Stümperhaftigkeit schoß die Wilhelmshavener Polizei ab, indem sie „bei sämtlichen führenden Wilhelmshavener Kommunisten eine Haussuchung durchführte, um belastendes Material zu bekommen“. Ergebnis: Null. Die Polizei entschuldigt sich damit, daß die KP-Führer nicht auf preußischem Boden, sondern in der oldenburgischen Nachbarschaft Rüstungen wohnen. Seit wann ist dies der Polizei bekannt? Zum Trost bemerkt sie: es sei anzunehmen, daß jetzt „auch im Oldenburgischen eine Haussuchung stattfinden werde“. Ob sie dies auch durch Rundfunk bekanntgemacht hat, wissen wir nicht. Es hat fast den Anschein, als sei der Leiter der Wilhelmshavener Polizei ein Kommunist!

Wie würde eine Einheitsfront sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter, die in den Betrieben ohne viel Worte Hand in Hand arbeiten würden, mit solchen Polizei-Stümpfern fertigwerden!

### Hochverrat! Hochverrat!

Gegen Bremer Kommunisten, die Flugblätter mit Generalstreikaufrufen herstellen lassen, wird ein Hochverratsverfahren eingeleitet werden.

### Der Presse aufs Maul.

Der Kölner Regierungspräsident, aufgereizt durch die Heldentaten seines Düsseldorfer Kollegen, hat sämtliche ihm erreichbaren kommunistischen Zeitungen für 14 Tage verboten: die „Sozialistische Republik“ in Köln, die „Aachener Arbeiterzeitung“, die „Koblenzer Zeitung“, die „Volkestimme“ in Trier.

Nachdem der Düsseldorfer Regierungspräsident vorangegangen ist, ist das gesamte Rheinland für Wochen ohne kommunistische Presse.

### Die Straße frei den braunen Bataillonen!

Die badische Regierung hat die Polizeibehörden angewiesen, Demonstrationen staatsfeindlicher Organisationen zu verbieten, falls von diesen bei Umzügen Beschimpfungen gegen die Reichs- und Landesregierung geäußert werden

sten, die trotz „eisigen Windes“ am Bülow-Platz demonstrierten, und bei denen es nur schade sei, daß sie vor solchen moralisch unzuverlässigen Leuten wie den kommunistischen Führern herumliefen, und andere Artikel, die deutlich zeigten, daß der „Vorwärts“ sich

### auf den Wahlkampf vorbereitet.

Die „Rote Fahne“ hatte noch am Tage, als Hitler Reichskanzler wurde, Sperrüberschriften „Schutzwall von Hitler bis Wels vor Schleicher“ und sie bringt am Freitag auf der ersten Seite über drei Spalten die Überschrift: „Fußfall Braun-Severings vor Hitler“, unter der über die Reichsratsitzung vom Donnerstag berichtet wird, in der auf die Rede von Hitler Ministerialdirektor Brecht als Vertreter des Reichsrats Herrn Hitler geantwortet hat, und zwar, wie sich aus dem Text seiner Rede unzweifelhaft ergibt, mit allen anderen Anzeichen als denen der Fußfälligkeit. Abgesehen davon, daß Herr Brecht nicht Braun-Severing ist, hat auch Brecht keinen „Fußfall“ gemacht; denn daß Brecht nicht die Regierung Hitler-Hugenberg im Reichsrat erledigen kann, ist genau so sicher, wie daß der Kommunist Torgler die nationalsozialistische Demonstration am Bülow-Platz nicht durch einen bloßen frommen Wunsch verhindern konnte, sondern zur Unterstützung dieses Wunsches sich unter anderen (und zwar durchaus vernünftiger Weise!) zu — Herrn Schleicher begab. Wir hätten das Geheul des Fußballverfassers hören

oder die öffentliche Sicherheit gefährdet ist. Die Polizeidirektion Pforzheim hat bereits sämtliche kommunistische Demonstrationen verboten.

Im Freistaat Oldenburg sind alle Behörden angewiesen worden, Demonstrationen der Kommunistischen Partei und ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen zu verbieten.

### Eingriff in geschlossene Versammlung.

Zörgiebel, der auch unter Hitler noch Polizeipräsident in Dortmund ist, ließ vor Beginn einer kommunistischen Protestversammlung, in der in Dortmund Remmele gegen den Dresdener Polizeiterror sprechen sollte, die ersten Erschienenen (etwa 100) nach Waffen durchsuchen. Selbstverständlich war dafür gesorgt worden, daß ein Revolver und einige Messer gefunden wurden. Das nahm der Polizeioffizier zum Anlaß, die Kundgebung zu verbieten.

Natürlich: über das Thema „Polizeiterror“ öffentlich zu reden, kann Zörgiebel am wenigsten zulassen!

### Der Rachefeldzug gegen die Arbeiterschaft.

Dem Verbot aller kommunistischen Demonstrationen und Veranstaltungen unter freiem Himmel ist inzwischen eine weitere Schikane gefolgt: Der kommissarische preußische Innenminister hat einen Erlaß an die Landespolizeibehörden herausgeschickt, in dem er anordnet, daß auch Versammlungen der Kommunisten in geschlossenen Räumen eorgam überwacht werden sollten, besonders im Hinblick auf Generalstreikparolen. Die Polizeibehörden sollten ferner die kommunistischen Sportvereinigungen beobachten.

### Eine hohnvolle Begründung.

Das Verbot der sozialdemokratischen Sonntagsdemonstration ist nachträglich damit begründet worden, daß am selben Tage zur selben Zeit im Lustgarten eine andere Veranstaltung stattfindet, und daß nur eine der beiden Veranstaltungen genehmigt werden könne. Die andere Veranstaltung ist die pomphaft Beisetzungsfeierlichkeit des erschossenen Führers des beröchtigten Sturms 33.

Diese Feierlichkeit ist viel später angesetzt worden als die sozialdemokratische Kundgebung, und ganz abgesehen davon, daß es überhaupt ungehörig ist, einen Mann von so fragwürdigen Talenten wie Herrn Maikowski auf Staatskosten zu beerdigen, ist es schon aus Gründen formaler Gerechtigkeit unerhört, der Sozialdemokratischen Partei durch eine bloße Laune willfähriger Parteibeamter eine Kundgebung zu verbieten, für die sie erhebliche Unkosten aufgewandt hat.

mögen, wenn ein Arbeiterredakteur sich die pöbelhafte Bemerkung erlaubt hätte, Fußball Thälmann-Torglers vor Schleicher!

Wir bringen diese Sammlung der allerjüngsten Zeit, obwohl wir wissen, daß sie nur Unerfreuliches enthält, und obwohl wir nach wie vor der Meinung sind, daß die Abkehr von solchen Methoden der Verhetzung die erste Anforderung an eine Gesundung der Auseinandersetzung innerhalb der Arbeiterschaft darstellt. Wir bringen diese ekelhaften Entartungen einer offenbar ahnungslosen Arbeiterführerschaft hier so offen zur Sprache, weil wir wissen, daß diese Denk- und Schreibweise nicht die der Kommunisten oder der Sozialdemokraten ist (nicht einmal der Redakteure!), und weil wir die Genossen aus allen Parteien auffordern wollen und müssen,

dieser Art von proletarischen Zeitungsschreibern ernsthaft beizubringen, daß eine proletarische Zeitung und ein bürgerliches Revolverblatt von einander verschieden sind.

Wo solche Methoden einreißen, wie in der von uns hier nur kurz angedeuteten Art, wo also die proletarische Solidarität nicht einmal vor tatsächlichen Lügen zurückschreckt, wo soll sie da zurückschrecken vor geistigen und moralischen Schwindeleien, deren Hinter-

gründe viel tiefer liegen, deren Vermeidung also eine viel peinlichere persönliche Sauberkeit erfordern.

Die Gefahr, daß die Arbeiterschaft unter Ausnutzung der sie verhetzenden Interessenten aus ihren eigenen Reihen durch Hitler und seine Freunde vollends auseinandergespalten und dann mühelos geschlagen wird, ist kaum noch eine bloße Gefahr. Gegen die Verhetzer aus ihren eigenen Reihen können wir nur die Genossen selber anrufen. Wir rufen sie darüber hinaus dazu auf, wie wir das seit langem tun, über diese negative Anforderung hinaus vorzustößen zu der positiven von einigenden Aktionen. Für die bevorstehende Wahl ergibt sich eine besonders nachhaltige und dringende in ihrer Abgrenztheit leicht zu übersehende und durchführbare Aufgabe. Wir können sie hier am kürzesten darstellen durch die Wiederholung des Aufrufes, den zum 31. Juli 1932 Menschen aus den verschiedensten Kreisen an die Arbeiteröffentlichkeit gerichtet haben:

## Vorbildliche Einheitsfrontkundgebung.

P. S. In Offenbach a. M. kam am Mittwoch eine Demonstration der Arbeiterschaft gegen den Faschismus zustande, die als vorbildlich gelten kann. In gemeinsamem Zuge marschierten sämtliche Arbeiterparteien von SPD bis KPD. Die Demonstration war nur wenige Stunden vorher angesagt worden, und doch wurde sie zu einer mächtigen Kundgebung, wie sie Offenbach kaum zuvor gesehen hatte. Der marschierenden Einheitsfront wurden von den die Straßen füllenden Einwohnern dieser Arbeiterstadt immer wieder

zustimmende und begeisterte Zurufe gemacht. Zum Abschluß der Kundgebung sprachen je ein Redner der SAP, der SPD und der KPD, die alle einmütig betonten, daß das Trennende beiseite geschoben und unter Vergangenes ein Strich gemacht werden müsse. Der geschlossene Kampf der Arbeiterschaft gelte der Reaktion und dem Faschismus.

Die Einheitsfront solle nicht nur für den Augenblick sein, sie müsse werden zur dauernden Einheit des Proletariats!

### Dringender Appell!

Vernichtung aller persönlichen und politischen Freiheit in Deutschland steht unmittelbar bevor, wenn es nicht in letzter Minute gelingt, unbeschadet von Prinzipiengegensätzen alle Kräfte zusammenzufassen, die in der Ablehnung des Faschismus einig sind. Die nächste Gelegenheit dazu ist der 31. Juli. Es gilt diese Gelegenheit zu nutzen und endlich einen Schritt zu tun

zum Aufbau einer einheitlichen Arbeiterfront, die nicht nur für die parlamentarische, sondern auch für die weitere Abwehr notwendig sein wird.

Wir richten an jeden, der diese Ueberzeugung mit uns teilt, den dringenden Appell, zu helfen, daß ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei für diesen Wahlkampf zustande kommt, am besten in der Form gemeinsamer Kandidatenlisten, mindestens jedoch in der Form von Listenverbindung. Insbesondere in den großen Arbeiterorganisationen, nicht nur in den Parteien, kommt es darauf an, hierzu allen erdenklichen Einfluß aufzubringen.

Sorgen wir dafür, daß nicht Trägheit der Natur und Feigheit des Herzens uns in die Barbarei versinken lassen!

## Abrüstungskonferenz oder Aufrüstungskonferenz?

### Das zweite Jahr.

H. M. In der Rede, die er zur Wiedereröffnung der Abrüstungskonferenz am Donnerstag in Genf hielt, bezeichnete Henderson, der Präsident der Konferenz, die Abrüstungsarbeiten des vergangenen Jahres als eine tiefe Enttäuschung. Abgesehen von Rüstungsindustriellen, Generälen und anderen Kriegsinteressenten wird ihm in bezug auf dieses Urteil höchstens noch von denen widersprochen werden, die mit uns behaupten, daß jeder, der die politische Lage einigermaßen überblickte, dieses Ergebnis voraussehen konnte.

Das zweite Jahr der Abrüstungskonferenz, von dem Henderson erwartet, daß es innerhalb der nächsten Monate die großen Entscheidungen herbeiführen wird, hat nun begonnen.

Das erste Kennzeichen dieses zweiten Jahres ist der Mangel an Interesse, das der Konferenz in der Öffentlichkeit entgegengebracht wird. Es liegt nicht nur daran, daß besonders in Deutschland und Frankreich innenpolitische Fragen von großer Bedeutung das Interesse der Öffentlichkeit in Anspruch nehmen. Der Grund ist vielmehr, daß niemand mehr von der Konferenz etwas erwartet, was auch nur einen Schritt zur Abrüstung und größeren Sicherheit für den Frieden darstellt. Während dieses Jahres der Abrüstungskonferenz ist die Ueberzeugung von der Unvermeidlichkeit neuer Kriege, die nicht einmal in allzu ferner Zukunft drohen, ungeheuer gestiegen, statt der Abrüstung ist der Luftschutz propagiert und weitgehend verwirklicht worden.

Die zweite Tatsache, die den Wiederbeginn der Abrüstungskonferenz kennzeichnet: der weitere Vormarsch der Japaner in China, während die Hoffnung, daß der Völkerbund oder einzelne Mächte diesen Vormarsch hindern werden, im vergangenen Jahre endgültig begraben werden mußte.

Die dritte Tatsache: Die Ernennung Hitlers zum Kanzler des Deutschen Reiches, wodurch das Mißtrauen, das im Ausland — mit Recht — gegen Deutschland gehegt wird, weiter genährt und die Kriegsgefahr vergrößert wird.

Die vierte Tatsache: Die gestiegene Spannung zwischen Deutschland und Polen und die Lockerung der französisch-polnischen Beziehungen.

Die fünfte Tatsache: Das Aufflammen des italienisch-jugoslawischen Konflikts und das Mißlingen der französisch-italienischen Verständigung.

Die sechste Tatsache: Das Bestreben der britischen Regierung, sich möglichst wenig um die europäische Politik zu kümmern, aber möglicherweise durch Stärkung Deutschlands die Vormachtstellung Frankreichs auf dem Kontinent zu schwächen.

Vor allem aber sind die Abrüstungsverhandlungen beherrscht von der „Gleichberechtigungs“-Forderung der Deutschen Regierung, durch deren Anerkennung die Abrüstungskonferenz zur Aufrüstungskonferenz wird, da die Großmächte ganz offensichtlich nicht die Absicht haben, ihre Rüstungen auch nur annähernd auf den im Versailler Vertrag für Deutschland vorgeschriebenen Stand zu senken.

Die Pläne, die in Genf jetzt zur Debatte stehen, sind erstens der französische „konstruktive Plan“ und zweitens der englische Vermittlungsvorschlag.

Über den französischen Plan sagte der Vertreter der französischen Regierung, Masielli, er sei auf dem Grundsatz aufgebaut, daß zwischen der Abrüstung und der Organisation der Sicherheit ein unlösbares Band bestehe, daß die Durchführung der Abrüstung nur etappenweise erfolgen könne und die Wiederherstellung des allgemeinen Vertrauens die unerläßliche Vorbedingung wäre. Die etappenweise Abrüstung schließt von vornherein jede neue Aufrüstung aus. Für eine sofortige vollständige und allgemeine Abrüstung sei es unmöglich, die notwendigen politischen und technischen Bedingungen zu schaffen. Die französische Regierung wolle daher die Abrüstung zunächst im Rahmen der europäischen Staaten in Angriff nehmen, wobei die außereuropäischen Staaten ihre eigenen Verpflichtungen zu übernehmen hätten. Die französische Regierung lege eine entscheidende Bedeutung auf die allgemeine Kontrolle und die internationale Organisation der Kontrolle der Zivilluftfahrt.

Gegen den französischen Plan sprach der deutsche Außenminister. Seine Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen die Verknüpfung der Abrüstung mit der Sicherheit, ferner dagegen, daß in dem Plan keine positiven Vorschläge für die Durchführung der Abrüstung gemacht werden. Außerdem

kommt die Art, in der Neurath über die Idee der Völkerbundsarmee und die Internationalisierung der zivilen Luftfahrt sprach, einer Ablehnung gleich.

Auch der Vertreter Italiens, Graf Aloisi, sprach sehr scharf gegen den französischen Plan. Auch hier der Angriff gegen die französische Idee der Verbindung der Abrüstung mit einem System zur Sicherung des Friedens.

In Genf sieht sich die französische Regierung also einer deutsch-italienischen Front gegenüber, jener Front, die in Paris der Gegenstand größter Furcht, in Berlin seit langem das Ziel heißer Wünsche ist. Seit Hitlers Kanzlerschaft scheint in Rom die Sympathie für eine derartige Front zuzunehmen. Entsprechend sinkt die Aussicht auf eine Verständigung Frankreichs mit Deutschland und Italien, die eine Vorbedingung für die Sicherheit Frankreichs ist. Wer dächte da noch an Abrüstung?

Obwohl sich wohl die Genfer Diplomaten hinsichtlich des weiteren Verlaufs der Genfer Konferenz keine Illusionen hingeben haben, hat der erste Tag der Konferenz in Genf und Paris wie eine kalte Dusche gewirkt. Besonders der einzige Punkt, in dem Nodony dem französischen Plan zustimmte, wird allgemein hervorgehoben: Er sagte, er sei mit der Vereinheitlichung der Heere nach dem Prinzip, daß ein Armeeteil mit langer und ein anderer mit kurzer Dienstzeit nebeneinander bestünden, völlig einverstanden. In dem französischen Plan ist zwar von der Vereinheitlichung der Heere, aber nicht von der Aufrechterhaltung von Truppen mit langer Dienstzeit (abgesehen von der Kolonialarmee) die Rede. Was sich der Vertreter Deutschlands bei der Verdrehung dieses Teils des französischen Plans dachte, ist nicht schwer zu erraten:

einerseits die Aufrechterhaltung der Reichswehr, andererseits die Einführung einer Miliz nach italienischem Muster, die sich wahrscheinlich hauptsächlich aus SA und „Stahlhelm“ zusammensetzen würde.

Daß so etwas im Ausland nicht gerade beruhigend wirkt, kann man sich leicht vorstellen.

Angesichts der scharfen Ablehnung, auf die der französische Plan auf Seiten Deutschlands und Italiens stößt, versucht die britische Regierung, ihre Vermittlertätigkeit so rasch wie möglich zu beginnen. Daß die Konferenz, wenn sie nicht völlig ergebnislos abgebrochen wird, zu einem dem britischen ähnlichen Plan kommen wird, wird allgemein auch in der französischen Presse angenommen. Die britische Regierung wünscht nun, daß verantwortliche französische und deutsche Minister möglichst bald in Genf zusammentreffen — der britische Außenminister wird natürlich nicht fehlen — um in engem Kreise wiederum die alte Frage zu besprechen, wie die deutsche „Gleichberechtigungs“-Forderung mit der französischen Sicherheits-Forderung in Einklang zu bringen ist.

## Kein Nationalismus ohne Mörder

In Japan wurden 14 Mitglieder einer nationalistischen Geheimorganisation verhaftet. Sie hatten an der Ermordung des Ministerpräsidenten Inukai teilgenommen und gestanden ihre Tat ein: Sie hätten nur diejenigen politischen Elemente entfernen wollen, deren Tätigkeit Japans nationalen Willen gefährde. Der Attentäter, der versuchte, den japanischen Justizminister Kojama mit Blausäure umzubringen, gehört derselben Organisation an.

Die meisten dieser Mörder gehören dem Heer oder der Marine an. Es handelt sich wohl um Mitglieder der „Verbände junger Offiziere“. Diese Offiziersverbände bilden zusammen mit der Massenorganisation der „Vereine ehemaliger Soldaten“ (4 Millionen Mitglieder) den Block des faschistischen Nationalismus in Japan. Der Führer dieser Bewegung ist der Kriegsminister Araki. Parolen der Bewegung: gegen das Parlament, gegen die Parteien-Korruption.

### Neuer Vorstoß der Reaktion in Belgien.

Nachdem der belgische Kriegsminister, wie wir gestern berichteten, durch einen Erlaß den Postbezug der SP-Zeitung „Le Peuple“ in Kasernen untersagt hat, hat nunmehr die Kammer mit 84 gegen 69 Stimmen beschlossen, daß der Verkauf und das Lesen des „Peuple“ in Kasernen verboten wird.

## Republikaner blicken auf Deutschland.

Französische Pressestimmen zur Regierung Hitler.

G. K. Paris, den 1. Februar.

„Victoire“, die Zeitung des französischen Nationalsozialisten Hervé, begrüßt die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler mit einem Aufsatz, der die Überschrift trägt: „Glückliches Deutschland“. Denn Deutschland habe sich endlich von der roten Herrschaft der Nachkriegszeit freigemacht und sei zum Regime des starken Mannes übergegangen, ein Ereignis, das hoffentlich Frankreich als Beispiel dienen werde. Gefahr eines Krieges bestände übrigens nicht, wenn nur die französische Regierung sich auf eine Revision des Versailler Vertrages einlasse, was zu tun Hervé ihr seit langem empfiehlt.

Ganz anders ist die Stellungnahme der Zeitungen, denen es vor allem um die Durchführung des französischen Plans der „Sicherheit und Abrüstung“ zu tun ist: also die der Radikalsocialisten („Ere Nouvelle“) und der Rechtsrepublikaner („Temps“).

Sie sehen in der Ernennung Hitlers eine Gefährdung der Abrüstungskonferenz und damit die Gefahr von Kriegen.

Und sie starrten nicht wie gebannt auf die Ereignisse in Deutschland, sondern verlangen eine energische Gegenaktion. „Ere Nouvelle“, das jetzige Regierungsorgan, schreibt in einem Leitartikel:

„Sehen wir uns den Weg an, den Deutschland durchlaufen hat. Betrachten wir die Regierungen der Reihe nach. Vor wenigen Jahren noch war die Sozialdemokratie an der Macht. Sie überließ ihre Macht den Demokraten und dem Zentrum. Gestern regierte noch Brüning. Seitdem überstürzten sich die Ereignisse. Von Brüning gelangen wir zu dem Junker von Papen. Von Papen führt der Weg zum General von Schleicher und zur Diktatur der Reichswehr. Und es ist ganz natürlich und logisch, daß wir jetzt bei Hitler angelangt sind. Es ist nicht schwer zu raten, wem Deutschland nach Hitler seine Geschicke anvertrauen wird.“

So ist die Lage. Sie wird gekennzeichnet durch die Erklärung des Begleiters Hitlers, des Herrn Göring:

„Jetzt sind wir“, sagte er, „wieder zu den schönen Tagen des Augusts 1914 zurückgekehrt.“

Frankreich ist also klar und deutlich gewarnt. Frankreich hat nicht das Recht, eine Vogelstraußpolitik zu betreiben. Die Ernennung Hitlers, systematisch vorbereitet und logisch unvermeidlich, ist für Deutschland von unabweisbarer Wichtigkeit. Sie bedeutet die Wiederherstellung des Deutschlands der Vorkriegszeit, genauer noch: des Deutschlands von 1914, das den Krieg entfesselt hat und seine Truppen auf Belgien und Frankreich losließ.

Wir haben eben gesagt, daß dieses Ereignis die natürliche Folge dessen ist, was sich in Deutschland in den letzten Jahren ereignet hat, und daß man nur die Politik jenseits des Rheins zu beobachten brauchte, um voraussehen zu können, was jetzt eingetreten ist. Unsere Regierungen mußten also von denen gewarnt sein, die damit beauftragt sind, die Entwicklung der deutschen Politik zu verfolgen. Sind sie es? Wir wagen es zu hoffen; wenn sie es nicht waren, wäre es ein schwerer Fehler.

Denn unsere ganze Politik auf der Abrüstungskonferenz muß von der Tatsache beherrscht sein, daß Hitler jetzt an der Spitze der Geschäfte des Reiches steht,

und zwar nicht nur, weil Hitler den Triumph des imperialistischen Deutschlands darstellt und die Restauration der Hohenzollern vorbereitet, sondern auch

weil die deutsche Armee sofort offiziell zu einer der mächtigsten Armeen der Welt wird.

Die Nazitruppen können nicht mehr als eine Partelorganisation gelten: sie sind jetzt in den Dienst des Staates gestellt. Diese Hitler-Milizen, wie die faschistischen Milizen in Italien, verstärken die Reichswehr, vervollständigen sie und vervielfachen ihre Macht.

Hitler hat also die Mittel, Hilfsquellen und nötigen Kräfte, um seine Träume der Hegemonie zu verwirklichen, die Verträge zu brechen und den Frieden zu gefährden. An uns ist es, dem Rechnung zu tragen und unsere Politik einer Lage anzupassen, die ernster ist als je zuvor.“

Dies die Stimme der Regierungspresse. Die Zeitung des Allgemeinen Französischen Gewerkschaftsbundes („Peuple“), schreibt heute, man habe nicht zu fürchten, daß Hitler seine schlimmen Absichten verwirkliche; denn seine Regierung werde vor allen Dingen mit dem unlösbaren Gegensatz von Großgrundbesitzern und Industriellen zu tun haben. Da Hitler auch nicht im Stande sein werde, die Schwierigkeiten des heutigen Deutschland zu beseitigen, werde auch er schließlich fallen. „Peuple“ verkennt zwar nicht, daß inzwischen das deutsche Volk eine schwere Zeit durchmachen werde. Aber es nimmt die Lage in Deutschland zu leicht, wenn es über die vielfachen Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse das einmütige Ziel der gesamten Reaktion: die Vernichtung der organisierten Arbeiterschaft, übersieht oder die Gefahr, die dem Proletariat, nicht nur vorübergehend, sondern vielleicht auf lange Zeit daraus erwächst, unterschätzt. Daß in der Gewerkschaftszeitung gerade in diesem Punkt die Lage in Deutschland falsch eingeschätzt wird, ist bedauerlich, aber nicht zu verwundern, wenn man sich den Eindruck vergegenwärtigt, den die passive Haltung der deutschen Gewerkschaften und der SPD im Ausland macht.

Die Ereignisse in Deutschland bilden in Frankreich wieder den Hauptgesprächsstoff. Sie stehen weit mehr im Vordergrund des Interesses, als etwa die französische Regierungskrise. Manches bittere Wort über die Deutschen, die einen neuen Krieg heraufzubeschwören drohen, fällt dabei. Aber es machen sich auch Stimmen bemerkbar, die zur Ruhe und Kaltblütigkeit mahnen und hoffen lassen, daß man in Frankreich, angesichts der bedrohlichen Lage in Deutschland, nicht den Kopf verliert und auch nicht auf dem Wege des kriegerischen Nationalismus nachfolgt.

Franzosen und Briten sind von Natur Ganz ohne Gemüt, Gemüt hat nur Der Deutsche — — —

In welchem Maße es den Briten an Gemüt mangelt, hat erst neulich wieder das Gericht von Margate bewiesen, das sich nicht scheute, den Herzog von Manchester — der zwar nur neun adlige Ahnen hat, aber doch immerhin ein Herzog ist! — zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen zu verurteilen, da er einen Gerichtstermin nicht eingehalten hatte. Bewährungsfrist wurde ihm nicht gewährt.

So etwas könnte auch dem einfachsten Freiherrn in Deutschland nicht passieren!



**Die englische Ausgabe des „ISK“.**

(2. Band, Heft 3) enthält einen Aufsatz von E. Moore über „die ‚nationale‘ Regierung, Imperialismus und Krieg“. Moore zeigt die Fronten, an denen die Britische Regierung Krieg führt oder unterstützt oder an denen sie zum Kriege rüstet: **Indien**, wo der wildeste Terror gegen die Bevölkerung ausgeübt wird, die es wagt, sich gegen die britische Raubherrschaft aufzulehnen; **Irland**, wo es den britischen Imperialisten nicht darum zu tun ist, daß ihnen ein Treueid geschworen wird, sondern, wie Lloyd George in dankenswerter Offenheit im Unterhaus erklärte, daß Irland England als Militärstützpunkt erhalten bleibe und als Reservoir, aus dem die britische Armee Rekruten schöpfen kann. Wird die britische Regierung nicht bereit sein, dieses wichtige Gebiet mit Waffengewalt gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen irischer Republikaner zu verteidigen?

Daß **Japan**, ungehindert von den übrigen Mitgliedern des Völkerbundes und Unterzeichnern des Kellogg-Paktes, seinen Raubzug nach China unternehmen konnte, ist nicht zuletzt dem Konto der britischen Regierung gutschreiben, die das Verfahren des Völkerbundes, Japan zu nichts anderem zu verpflichten als zu der allmählichen Zurückziehung der Truppen, im Maß, wie die Lage sich bessert, und dann die Lytton-Kommission nach dem Fernen Osten zu entsenden, warm empfohlen hat. Großbritannien ist auf den Versuch der USA, Japan durch ein Ultimatum zu schrecken, nicht eingegangen.

Auf der Abrüstungskonferenz hat die Britische Regierung Pläne ausgearbeitet, die ihr selber die „zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den verschiedenen Teilen der Welt“ notwendigen Waffen sicherte. Diese „Verpflichtungen“ bestehen vor allem in der Bekämpfung von Aufständen unterdrückter Völker.

In der Frage der deutschen „Gleichberechtigungs“-Forderung hat die Britische Regierung die deutschen Generäle und Junker einige Male in ihrer Politik ermuntert, da sie erstens nicht gewillt ist, auf den Rüstungsstand Deutschlands herunterzugehen, andererseits ein Gegengewicht gegen Frankreich auf dem europäischen Kontinent begründen würde. Gerade durch ein solches Gegengewicht wird aber die Kriegsgefahr weiter vergrößert.

Eine weitere Bedrohung des Friedens durch die britische Regierung liegt in der Einführung und starken Erhöhung der Zölle, durch die die nationalen Gegensätze verschärft und die Krise weiter verschlimmert wird.

Zur Verhinderung des Krieges sind schon jetzt Maßnahmen erforderlich, damit ein Umfallen der Gewerkschaften, wie es 1914 erfolgte, verhindert wird. Außerdem ist es, auch im Interesse der Verhinderung eines Krieges, erforderlich, daß die Gewerkschaften alle Macht zur Vermeidung des Erwerbslosenheeres einsetzen, damit den Kapitalisten nicht ein Millionenheer ausgehungertes Proletariat als Kanonenfutter zur Verfügung steht.

Das Heft enthält ferner einen Aufsatz von G. F. Green über

„Katholizismus und die britische Arbeiterbewegung“. Hier wird deutlich gezeigt, wie es der katholischen Kirche — die in England nur 5 Prozent der Bevölkerung zu Anhängern hat — durch zähe Arbeit gelungen ist, in die Arbeiterbewegung einzudringen. Die Labour Party kapituliert vor ihr, um keine Gelegenheit zum Stimmenfang vorbegehen zu lassen, die Gewerkschaften, weil die Kirche mit „der Entziehung finanzieller und moralischer Unterstützung durch christliche Arbeiter“ drohte. Auch die ILP hat innerhalb der Labour Party nichts gegen die Katholiken unternommen, sogar die KP erklärt, daß sie „die Hilfe und Mitgliedschaft ehrlicher revolutionärer Arbeiter, die noch ein gewisses Maß religiösen Glaubens haben, nicht verweigern kann“. (Daß mit diesem „religiösen Glauben“ Anhängerschaft an die Kirche gemeint ist, geht aus dem Vorhergehenden hervor.) Die wichtigste kulturpolitische Aufgabe der britischen Arbeiter ist es darum, der Katholischen Aktion eine Weltliche Aktion entgegenzustellen.

Das Heft ist zu beziehen durch die Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstraße 8a. Preis: 20 Pfennig.

**Gegen Rechtsnot und Sonderjustiz!**

O. B. Ueber dieses Thema sprach am 31. Januar in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung in Braunschweig, die von der IHV, dem ISK, der KPD-O und der SAP im „Sächsischen Hof“ einberufen war, der Genosse Rechtsanwalt Erich Lewinski (Kassel).

Ausgehend vom Fall Bartl schilderte er anhand vieler von ihm selber erlebter Fälle die Funktionen von Gesetzgebung und Rechtsprechung in der heutigen Klassengesellschaft, besonders aber die politische Justiz der jüngsten Zeit und ihre unerhörten Urteile gegen linksstehende Arbeiter. Zwei Zahlen riefen besonderes Erstaunen bei den Versammelten hervor: Während der 12 Jahre unter Bismarcks Sozialistengesetz wurden insgesamt etwa 1000 Jahre Freiheitsstrafen wegen Verstößen gegen dieses Gesetz verhängt. Das Republikenschutzgesetz aber brachte allein in den Jahren 1924/25 vorwiegend linksstehenden Personen etwa 5000 Jahre Freiheitsstrafen!

Gegen diese Rechtsnot gilt es wie im Fall Dreyfus das Rechtsempfinden weitester Kreise wachzurütteln. Die endgültige Überwindung dieser „Justiz ohne Recht“ aber ist eine Aufgabe des politischen Kampfes. Nur ein sozialistischer Staat kann endgültig mit dieser Rechtsnot aufräumen. Mit dem heute ganz besonders dringenden Appell zur Schaffung der proletarischen Einheit für den politischen Kampf schloß der Genosse Lewinski unter starkem Beifall der Versammlung seine Rede.

Die Diskussion verlief trotz Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der IHV und der Roten Hilfe außerordent-

lich sachlich. Mehrere Diskussionsredner wünschten von ganzem Herzen, daß in den Hilfsorganisationen der Arbeiterschaft recht bald die Voraussetzungen für eine Verschmelzung dieser Organisationen dadurch gegeben werden mögen, daß man sich frei mache von der Gängelung durch politische Parteien.

Gegen drei Fälle schlimmer Rechtsbeugung, nämlich gegen das Todesurteil im Fall Bartl, gegen die Einkerkelung der amerikanischen Genossen Mooney und Billings und die unschuldige Einsperrung einiger Braunschweiger Genossen in monatelanger Untersuchungshaft wurden Protestresolutionen einstimmig angenommen und den verantwortlichen Stellen zugeandt.

Die Versammlung wurde geschlossen mit einem nochmaligen Appell zur Bildung der proletarischen Einheit.

**Protestresolution.**

Die am 31. Januar 1933 von der Internationalen Hilfsvereinigung (IHV), dem Internationalen Sozialistischen Kampf-Bund (ISK), der Kommunistischen Partei (Opposition) und der Sozialistischen Arbeiter-Partei (SAP) einberufene öffentliche Versammlung im „Sächsischen Hof“, Braunschweig, erhebt schärfsten Protest gegen das Justizverbrechen, das an den beiden Arbeiterführern Tom Mooney und Warren Billings im Staate Kalifornien (USA) begangen worden ist, und die nunmehr schon 16 Jahre im Kerker schmachten.

Die Versammlung fordert sofortige Freilassung von Mooney und Billings und gelobt, alle Kräfte für den Kampf um das Recht und gegen diese Justizschmach zu mobilisieren.

**Wahlkampf der Nazis eröffnet — mit Ehrabschneiderei**

Der Nazi-Abgeordnete Freisler ist Anfang Juli 1932 durch einen im preußischen Landtag eingebrachten Antrag gegen den Polizeivizepräsidenten Weiß bekanntgeworden, jenen Antrag, der an Schmutzigkeit der Gesinnung alles bis dahin dem Landtag Gebotene überstieg. Freisler hat nun den Nachweis erbracht, daß man als führendes Mitglied der Nazi-Partei ähnliche Schurkenakte auch dann noch unmaßregelt verüben kann, wenn diese Partei inzwischen die Partei des amtierenden Reichskanzlers geworden ist.

Am Mittwoch trat der sogenannte

**Zarnow-Ausschuß des Landtages**

zusammen — ein Ausschuß zur Prüfung der Verleumdungen und Denunziationen, die in Zarnows Broschüre „Gefesselte Justiz“ zusammengetragen worden sind. Vorsitzender des Ausschusses ist Freisler. In dieser Sitzung sollte die Beweisaufnahme über angebliche Beihilfe des Justizrats Werthauer an einem Betrug Kutiskers an der preußischen Staatsbank begonnen werden.

Freisler begann mit einer Rede von mehr als einer

Stunde. Dabei verlas er die fraglichen Kapitel aus Zarnows Broschüre und brachte eine Reihe von Denunziationen gegen Werthauer und Kutisker vor. Protestierende Zwischenrufe beantwortete er mit dem Hinweis auf seine „Pflicht, die Öffentlichkeit über die Bedeutung der kommenden Beweisaufnahme zu belehren“; er sprach von den jetzt zu vernehmenden Zeugen, von dem Beweisschema, nach dem die Beweisaufnahme geführt werden solle. Plötzlich: „Da der Landtag am Sonnabend aufgelöst wird, schließe ich hiermit die Sitzung.“

Es gab Krach mit den Sozialdemokraten, fast eine Schlägerei. Der Ausschuß flog auf.

Der „Vorwärts“ tröstet sich mit dem Hinweis, daß die Nazis Angst vor der Beweisaufnahme gehabt hätten, die ihre Denunziationen als Verleumdungen entlarvt haben würde. Wir vermissen aber, daß die Sozialdemokraten ihr Recht auf Entlarvung der Verleumdungen vertreten hätten. Es gibt doch eine Geschäftsordnung und in ihr zweifellos eine Möglichkeit, die Beweisaufnahme ohne Freisler zu vollziehen!

**Anpassungsfähigkeit deutscher Hochschulrektoren.**

**Die Wünsche der NS-Raufbolde restlos befriedigt.**

Am Dienstag überreichte eine Abordnung der nationalsozialistischen Studentenschaft dem Rektor der Breslauer Universität, Professor Dr. Brockelmann, ein Schreiben, in dem die nationalsozialistischen Studenten ihre Forderungen zum Falle Cohn niedergelegt hatten. In den in fünf Punkte gegliederten Wünschen wird u. a. die Zurückziehung der Kriminalpolizei aus der Universität, sowie

die Zusage verlangt, daß die Polizei in Zukunft nicht mehr in die Universität berufen wird.

Weiter soll das juristische Seminar baldigst in vollem Umfange seinem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben werden und eine

**Unterbrechung der Vorlesungen Professor Cohns**

bis zur endgültigen Entscheidung durch das neue preußische Kultusministerium stattfinden. Schließlich sollen die Wieder-

aufnahmegesuche der vom Disziplinargericht der Universität verurteilten Studenten bei dem preußischen Ministerium durch den Rektor befürwortet werden.

Der stellvertretende Gruppenhochschulführer teilte später der nationalsozialistischen Studentenschaft mit, daß der Rektor eine zusage Antwort auf diese Wünsche erteilt habe.

Der Rektor der Breslauer Universität hat Professor Cohn mitgeteilt, daß er für seine und seiner Hörer Sicherheit bei der jetzigen Lage an der Universität keine Gewähr übernehmen könne. Cohn hat daraufhin seine Vorlesungen eingestellt und sich beim Ministerium beschwert.

**Hilfsärzte gesucht.**

Wie das Städtische Nachrichtenamt Berlin mitteilt, werden infolge der wachsenden Zahl von Grippeerkrankungen Assistenz- und Hilfsärzte für die städtischen Krankenhäuser gesucht. Meldungen werden von der Zentrale der Gesundheitsverwaltung der Stadt Berlin entgegengenommen.

A. M. FREY



**DIE PFLASTERKÄSTEN**

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1929 by G. Klippenhauer Verlag A.B. Berlin.

„Jawohl, Herr Oberarzt — und um ein Uhr kommt er dann glücklich“, murrte der Sergeant hinter dem Entleidenden drein. — „Sehen Sie, jetzt haben Sie's“, meint er nicht ohne Mitgefühl.

„Ich hab' gar nichts, ich habe nur einen Wunsch —“ sagt Funk langsam. Er denkt an seinen Revolver, den er auf dem Verbandsplatz zurückgelassen hat. — Ich habe nur den Wunsch, den Kerl über den Haufen zu schießen. Sieh da, ich bin ins Feld gegangen mit dem festen Entschluß, niemals zu töten. Nun finde ich hier doch einen Feind, der mir das Blut in die Augen treibt!

Eigentlich macht er sich nur auf den Weg, um die Waffe zu holen und wieder umzukehren. Aber draußen angelangt mit ruhiger schlagenden Adern, muß er sich erst rapportieren-derweise und dankenderweise bei dem jungen Arzt melden, der ihm wohlwill. Er hat das Gefühl, jener ist mit ihm zusammen beschimpft und mißhandelt worden.

Dr. Model bekommt bei Funks knappen Bericht wieder seine finstere, seine unglückliche Miene. Dann sagt er heftig: „Herr Oberarzt Lipp irrt sich. Sie sind nicht in Ordnung. Und Sie machen vorerst den Trägerdienst nicht weiter. Sie machen leichteren Dienst. Ich werde bei nächster Gelegenheit mit Herrn Oberarzt über Sie sprechen. Jetzt schicken Sie mir den Unteroffizier Vogel.“

Vogel dirigiert die Krankenträgermannschaft hier draußen. Er teilt die Tragen ein, er regelt den Dienst.

Den abgehenden Funk ruft der Assistenzarzt zurück. Er will unsicher noch etwas richtigstellen, was offenbar gar nicht falsch steht. „Herr Oberarzt Lipp ist ein gerechter Vorgesetzter. Er ist nur — nur vielleicht etwas — überarbeitet.“

Er meint es ganz sicher nicht schlecht mit Ihnen. Glauben Sie mir das.“

12.

Funk erhält vier Tage Schonung und für die Zukunft die Aufgabe, Unbrauchbare, die laufen können, aus der Stellung zu begleiten. Das bedeutet einen häufigeren Gang nach vorn, als ihn im Durchschnitt die anderen machen, aber die kleinere Körperanstrengung.

Immerhin, es bleibt genug übrig. — Die Nacht ist finster, ist so völlig lichtlos, daß man nicht weiß, wo Himmel und wo Erde ist. Es gilt zwei Leichtverletzte zu holen, daher ziehen sie mitamsen los: Funk und der Bauer Billrot.

Die Welt ist zugig, als stünden an allen unsichtbaren Horizonten ungeheure Tore offen, durch die zugleich die Schwärze in den Raum gerissen wird. Ein eisiger Regen sticht ins Gesicht und in die Hände bei Null Grad.

Gewehrfeuer knallt mit nassen Peitschen aus der Richtung, in die sie gehen müssen. Sie kommen bald in seinen Bereich, ohne noch den Laufgraben gewonnen zu haben, der sie auf den Kampfgraben zuführen soll. Sie tapfen über freies Feld; böseartig ist das Vorbeisingen der Geschosse.

Billrot sagt: „Sie schießen zu hoch; wenn wir gebückt gehen, sind wir sicherer.“

So schleichen sie in sehr beschwerlicher Haltung, dennoch hastig, erst durch den Brei einer zerfahrenen Straße, dann über Acker oder Wiesengrund, der nicht mehr weich ist und noch nicht gefroren. Er klebt in schweren, zähen Klumpen an den Stiefeln. Manchmal stoßen sie an Dinge, die ihnen völlig unbekannt bleiben, denn sie könnten sie nur gleich Blinden durch Abtasten erkennen.

Bei solchen Schwierigkeiten eine halbe Stunde sich tief gebückt dahinzubewegen, ist bloß einem Menschen möglich, der schreiend in seinem Inneren dagegen ankämpft, eine Kugel in den Kopf, in den Hals gejagt zu bekommen, sobald er aufrecht geht.

Schließlich stoßen sie auf einen Graben, nachdem sie wiederholt geglaubt haben, halbwegs geborgen zu sein, aber es sind immer nur Granatlöcher gewesen, in die sie gefallen sind. Sie fallen auch jetzt mehr hinunter, als sie hinabrin-

gen, denn sie erkennen ihn erst, wie sie mit einem Bein über seinen Rand hinausgeraten sind.

Aber sie wären auch bereit, sich kopfüber hinabzustürzen. Nur fort von dieser Fläche, über die unablässig der tödliche Schwarm eiserner Insekten hinschwirrt — hintob mit dem hohen, metallischen Klang verbissener Raserei.

Sie müssen in einen Graben geraten sein, der nicht mehr benutzt wird. Er steht voll Wasser. Das Lehmwasser hat eine Eisdecke, aber sie ist dünn. Sie brechen gleich durch und plumpsen bis zu den Knien ins Feuchte. Sie gehen in die Richtung, in der sie ihr Ziel glauben; jeder Schritt will erkämpft sein. So tapfen sie lange.

Leuchtkugeln, die der Engländer weißgrün, der Deutsche weiß in das gähnende Loch, in das Nichts des Himmels wirft, verwirren sie nur ärger. Ertlich sinkend die Kugel, so ist es ringsum schwärzer denn je. Sie eräugen keine leiseste Spur mehr voneinander, obwohl sie hart beisammen sind.

Die Peitschenschläge der Infanterieschüsse klappen näher. Sie müssen manchmal nach ihren Körpern greifen, um zu wissen, daß sie einander nicht verloren haben.

Ihr Weg mündet auf einen Quergraben, das Wasser hört auf, sie treten trockneren Grund, sie müßten so gut wie angelangt sein — aber sie sind es nicht.

Das Grabenstück ist totes Geleise, vielleicht eine Fehlanlage, eine mißlungene oder aufgegebene Sache, bald führt es überhaupt nicht weiter, es endigt einfach.

Heraus müssen sie, den Schutz verlassen und dort hinüber, schräg voran, wo die Raketen steigen. Dichter streichen die Geschosse der Engländer.

Sie schieben sich auf dem Bauch aus der Deckung und weiter durch lehmigen Grund. Wie lange wälzen sie so sich vorwärts? Eine Stunde? Sie finden den nächsten Graben nicht. Sie wagen nicht einmal den Kopf zu heben, sie wagen nicht zu atmen, ihre Lippen stoßen in den Schmutz, nicht etwa um diesen Boden zu küssen, eher um ihm zu fluchen — ihm, der keinen Trost mehr für sie hat. Da und dort schlägt kurz und heftig zischend der Tod neben ihnen ein, als wolle er sich rasend an ihre Seite betten.

(Fortsetzung folgt.)

## Japanische Straßenbahnen sollen Defizit decken.

(ITF) Um das Betriebsdefizit von 3 420 000 Yen (1 Yen = 0,87 Mark) der städtischen Straßenbahn Tokios wieder gutzumachen, hatten im Oktober 1932 die Gemeindebehörden beschlossen, die Löhne und Gehälter, einschließlich Zulagen, herabzusetzen. Außerdem beabsichtigte man, etwa 1300 Bedienstete zu entlassen. Der Lohnabbau sollte durchschnittlich 12 Prozent betragen.

Die Straßenbahnerorganisation hatte schon wiederholt an die Gemeindebehörden das Ersuchen gestellt, nicht zu Lohnherabsetzungen oder Entlassungen zu greifen. Da die Gewerkschaft keine befriedigende Antwort erhielt, wurde beschlossen, die Angelegenheit vor den nächsten Kongress zu bringen. Daraufhin ergriff die Stadt Maßnahmen, um im Falle eines Streiks nicht überrascht zu werden.

Unerwartet wurde ein Erlaß des Haupt-Polizeikommissars von Tokio herausgegeben, worin es hieß, daß der Konflikt schiedsgerichtlich beigelegt werden müsse. Die dann gewählte Schlichtungskommission bestand zu gleichen Teilen aus Vertretern des Gemeinderats und der Gewerkschaft sowie aus drei unparteiischen Mitgliedern, worunter der Vorsitzende Yoshida, ehemaliger 2. Bürgermeister von Tokio und Direktor des Amtes für soziale Angelegenheiten. Nach langen Debatten arbeitete diese Kommission den Entwurf zu einer Vereinbarung aus, der von beiden Parteien akzeptiert wurde. Die Stadtbehörden bewilligten einen Betrag von 800 000 Yen und die Einschränkung der vorgesehene Entlassungen auf 200. Die Gehaltskürzung wurde auf durchschnittlich 10 Prozent festgesetzt.

Bemerkenswert ist, daß es sich hier um den ersten Fall handelt, der auf Grund des Gesetzes über die Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten aus dem Jahre 1926 ausgetragen wurde.

## Massenstreiks in Rumänien.

### Militär und Sondermaßnahmen, statt Auszahlung der Lohnrückstände.

In Rumänien ist augenblicklich eine Streikwelle im Gange, die sich hauptsächlich gegen die Versuche der Regierung, die Gehälter der Beamten und Staatsarbeiter zu senken, und gegen die Preissteigerung richtet. Der Streik begann im Petroleumbereich von Ploesti.

wo die Arbeiter seit vier Monaten keine Löhne mehr bekommen haben!

Die streikenden Arbeiter demonstrierten und zerstörten die Einrichtung der Bohrgesellschaft Romana-Amerikana. Statt für die Befriedigung der berechtigten Forderungen der Arbeiter zu sorgen, setzte die Regierung Infanterie-Kompagnien ein, um die „Ruhe und Ordnung“ wiederherzustellen.

Anschließend ist in Ploesti die Unterdrückung der Unruhen erfolgreich vollzogen.

Inzwischen sind aber 4800 der 5000 Arbeiter der Bukarester Eisenbahnwerkstätte in den Streik getreten. Die Arbeiter der übrigen staatlichen Eisenbahnwerkstätten sind in den Sympathiestreik getreten.

Die Bukarester Arbeiter haben sich in den Werken verbarrikadiert und erklärt, sie würden die Werke nicht eher räumen, als bis ihnen die rückständigen Löhne ausgezahlt worden sind und ihnen die Versicherung gegeben worden ist, daß die Löhne nicht gesenkt werden. Vielmehr fordern die Arbeiter Lohnerhöhungen entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten, die Einführung von Betriebsräten und

Abschaffung einiger Steuern. Die Arbeiter versuchen, auch die Eisenbahner zum Streik zu bewegen.

Auch an der Universität streiken Professoren und Studenten gegen die Kürzung der Gehälter.

Einige Minister hatten eine Besprechung über die Lage und beschlossen, energisch vorzugehen, um die „Ruhe und Ordnung“ im ganzen Lande wiederherzustellen.

Zahlreiche Jugendliche des Jahrgangs 1909 haben militärische Gestellungsbefehle erhalten.

## Ausdehnung des irischen Streiks.

Panzerautos und Maschinengewehre gegen die Arbeiter.

Infolge der zahlreichen Sabotageakte, die von den streikenden irischen Eisenbahnern zur Behinderung der Streikbrecher unternommen worden sind, hat die Regierung in Ulster und im Norden mehrere Kompanien Militär eingesetzt. In Dundalk, wo sich die große Eisenbahnkatastrophe ereignete, wurde der Bahnhof von Truppen mit Maschinengewehren und Panzerwagen besetzt.

In Ulster durchfahren Panzerwagen und Lastautos mit Maschinengewehren die Straßen, Arbeiter werden auf Militärlastwagen zur Arbeit befördert.

Der Streik dehnt sich weiter aus. Während er zuerst hauptsächlich die bei der irischen Sektion der englischen LMS-Eisenbahngesellschaft beschäftigten Arbeiter betraf, greift er mehr und mehr auf andere Gesellschaften über. An dem Streik beteiligen sich auch etwa 3000 Eisenbahner im Irischen Freistaat. Die Regierung des Irischen Freistaats hat der Nordirischen Eisenbahngesellschaft wegen des Streiks ab 1. Februar die Unterstützung entzogen.

Während der ersten Tage wurde der Streik stark dadurch behindert, daß sich die bei den Omnibussen der Eisenbahngesellschaften beschäftigten Chauffeurs und Kontrolleure nicht an dem Kampf beteiligten. Der Transportarbeiter-Verband hatte zwar die Parole ausgegeben, daß keine Waren, die üblicherweise per Eisenbahn befördert werden, auf die Omnibusse übernommen werden dürften. Praktisch war diese Parole jedoch schwer durchzuführen und die Eisenbahngesellschaft hatte im Straßenverkehr eine wichtige Ergänzung des geringen Verkehrs an Hilfszügen.

Seit Mittwoch beteiligen sich auch 1000 Omnibusfahrer am Streik.

Insgesamt beträgt die Zahl der Streikenden über 10 000. Die Gewerkschaftsführer selber sind über die gute Befolgung der Streikparole erstaunt.

Ein Ueberlandomnibus der Linie Belfast-Dublin wurde auf offener Landstraße von bewaffneten Männern überfallen, Fahrer und Schaffner wurden entführt, während die Gäste auf der Straße liegen blieben.

In Belfast streiken die Dockarbeiter.

Daher haben die Unternehmer der Leinenindustrie in Ulster beschlossen, ihre Betriebe stillzulegen.

Angesichts der bedrohlichen Lage wird die Regierung von Ulster wahrscheinlich eine Vermittlungsaktion für die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und der Eisenbahngesellschaft in die Wege leiten.

W. Dobbie, der Vorsitzende des Britischen Eisenbahnerverbandes (zu dem auch die irischen Eisenbahner gehören), ist mit anderen Gewerkschaftsführern nach Irland gefahren. „Ein Kompromiß in Nordirland“, so erklärte er, „hätte in England und dem Freistaat üble Folgen gehabt, und es bestand daher keine andere Möglichkeit, als den Streik zu sanktionieren. Die Gewerkschaften unterstützen ihn finanziell, so weit sie nur irgend können.“

## Dürfen wir noch bauen?

### Eine Kundgebung des Vereins für Wohnungsreform.

Der Deutsche Verein für Wohnungsreform veranstaltete am Mittwoch im Saal des Reichswirtschaftsrates eine Kundgebung, in der er vor der Öffentlichkeit seine Meinung dahin kundgab, daß er einen weiteren Rückgang der Wohnungsbautätigkeit im Interesse der Volksgesundheit und aus arbeits- und wirtschaftspolitischen Gründen nicht gutheißen könne. Der Direktor beim Statistischen Reichsamte, Dr. F. Burgdörfer, sprach über „Bevölkerungsdynamik und Wohnungsbedarf“. Die Frage, ob wir noch Wohnungen bauen dürften, sei, so führte er aus, durch den Geburtenrückgang, der seit drei Jahrzehnten in Deutschland festzustellen ist, aufgeworfen worden. Die Kopfzahl der Reichsbevölkerung werde bereits um das Jahr 1945 mit etwa 67 bis 68 Millionen ihren höchsten Stand erreichen und alsdann zurückgehen. Trotzdem werde — infolge des Aufrückens stark besetzter Vorkriegsjahrgänge in das heiratsfähige Alter und der verlängerten Lebensdauer — der Bestand an Ehen und Haushaltungen noch weiter zunehmen und erst um das Jahr 1960 seinen Höhepunkt erreichen. Bis dahin würden noch 3 bis 3½ Millionen Haushaltungen zuwachsen. Einschließlich des heute noch vorhandenen, aber infolge der Wirtschaftskrise unsichtbar gewordenen objektiven Fehlbedarfs an Wohnungen

werde man bis zum Jahre 1960 noch mit einem Mehrbedarf von 3½ bis 4 Millionen Wohnungen rechnen müssen.

Also müsse in den nächsten zwei oder drei Jahrzehnten noch für einen ansteigenden Bedarf gesorgt werden, während später ein Ueberschuß an unverwertbaren Wohnungen zu entstehen drohe. Auf diese späteren Schwierigkeiten müsse darum gegenwärtig bei der Landesplanung des Städtebaus und der Siedlung schon heute Rücksicht genommen werden. Dies bedeute aber nicht, daß überhaupt nicht mehr gebaut werden solle, sondern daß vorsichtig, planvoll und nur an Orten wirklichen Bedarfs gebaut werde.

## Um das achte Schuljahr.

Die württembergische Regierung hat dem Staatsgerichtshof eine Gegenerklärung gegen die Klage der sozialdemokratischen Fraktion eingereicht. Natürlich vertritt die Regierung den Standpunkt, daß die Hinausschiebung der Durchführung des achten Schuljahres nicht, wie die sozialdemokratische Klage es behauptet, verfassungswidrig sei. (Vergleiche hierzu unseren Aufsatz im „Funken“ Nr. 300: „Schulreaktion in Württemberg“.)

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Berlin:** Freitag, 3. Februar, 20 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Straße 11/12. Thema: Terror — Inflation — Krieg! Was tun? Redner: Hellmut Rauschenplat und Gustav Heckmann. Aussprache. Eintritt 20 Pfennige, Erwerbslose 10 Pfennige.

**München:** Dienstag, 7. Februar, 20 Uhr, im „Angerer Wirt“, Ober-Änger 88. Thema: Der Raubzug gegen China. Rednerin: Chi-Yin Chen. Eintritt frei.

Verantwortl. Schriftf. W. Eicher, Berlin Anzeig. P. Lindmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker und Verlags GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

**Nähmaschinen**  
Reparaturen / Reinigung  
Ersatzteile  
gut schnell billig  
**EUGEN GEHM**  
Frankfurt a. M., Riederwald  
Eisenplatz 12

## Getrocknete Bananen

sind nahrhaft u. billig,  
als Brotbelag und zum  
Obst für jung und alt  
zu verwenden.

Postpackchen 4 Pfund  
brutto nur 3 Mark,  
frei Haus, n. a. Orten.  
Vorauszahlung  
auf Postscheck-Konto  
Magdeburg 17924  
erbeten.

**Frischkost-Reformhaus**  
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104

**Feinbesohl-**  
**Anstalt**  
und Schuhfärberei  
**HANS SACHS**  
Berlin SW / Dresdener Straße 111  
garantiert für erstklassige Arbeit

**Maßarbeit** **erstklassig**  
und **billig**  
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-  
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen

**Alfred Arensberg**  
Berlin-Reinickendorf-Ost  
Hinter der Dorf-Aue 14

**Selten**  
**Wirtschaftsartikel**  
gut und preiswert  
**Otto Scaruppe**  
Berlin-Reinickendorf-Ost, Wilkestr. 1

**Erstklassige**  
**Maßarbeit**  
Herren - Anzüge  
Mäntel  
Damen - Kostüme  
Tadelloser Sitz  
**Schönheit**  
**MAGDEBURG**  
Johannisbergstr.  
10, III.  
Stoffmuster  
vorrätig.

Anfertigung eleganter  
**Damengarderobe**  
and  
**Reformkleidung**  
**I. Fürchtenicht**  
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.  
**Bürobedarfsartikel**  
Reparaturen und Reinigung  
von Schreibmaschinen  
**A. H. Timmermann**  
Hamburg 85, Lauenweg 61 III.

Freunde  
und Leser des  
„Funken“!  
**Unterstützt!**  
**Europäer**  
**Zeltung!**  
Werkt. Abonnenten  
Sammetl. Anzeigen  
Gesamtheit bei Einzelnen  
unsere Inserenten!

**Jeder Tierchützer lese**  
unsere Schriften über das Jagdvergnügen.  
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei  
Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,  
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwantje.  
Rede auf dem Internationalen Tierrechts-Kongress in  
Kopenhagen im Juli 1911. 28. Seiten. 60 Pf. — Die ein-  
zigste deutsche Schrift, die gründlich über die bei der  
Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und  
Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach  
daß bei der Jagd ebenso grausame Tierquälereien  
massenhaft verübt werden wie bei der Schächtung.  
**BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15,**  
Düsseldorfer Straße 23. — Postscheckkonto Nummer 567 71 Berlin

**„Haltet Euch gesund**  
**durch naturgemäße Kost“**  
**Reformhaus Gesundheitsquelle**  
Berlin, Köpenicker Straße 96

**HAMBURG**  
**Kollektiv**  
Hamburger Schauspieler  
spielt am:  
Freitag, 3.; Sonnabend, 4.;  
u. Sonntag, 5. Febr., 20 Uhr  
**„Dem Nagel auf den Kopf“**  
Der große Erfolg  
im Volksheim Hammerbrook, Sachsenstr. 21.  
Preise: 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf., Sonntags 40 Pf.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Seit 3. Februar:  
Charlie Chaplin in  
**Lichter der Großstadt**  
Außerdem die Polizeigröße:  
**„Piffe in der Nacht“**  
mit Eise Lancheester, dem weiblichen Chaplin.  
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr

## Für den Befreiungskampf des Proletariats

Ist besonders in der heutigen Situation weitgehend eine Neuorientierung in den grundsätzlichen und taktischen Fragen notwendig.

## „Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Praxis!“

Wer die Schriften kennenlernen will, in denen die Theorie niedergelegt worden ist, auf der der ISK seine politische Arbeit aufbaut, der fordere zunächst die unentgeltliche Zusendung des neuen Verzeichnisses unserer politischen Schriften.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.  
Postscheckkonto: Berlin 31342.

Reparaturen v. elektr. Bügelisen, Klingelanlagen usw.  
Spezialität:  
**Anfertigung mod. Tisch- und Nachtschlampen**  
**G. Funke, Elektrotechniker**  
Göttingen, Judenstraße 8, III

**„WER DEN FRIEDEN WILL, RÜSTE ZUM KRIEG!“**  
Das ist gestern wie heute die armselige Weisheit der internationalen Versäpften, hinter Profiten skrupellos bergenden Rüstungsindustrie, die in ihrer blutrünstigen Scheinheiligkeit endlich entlarvt am Pranger steht.  
**MENSCHENSCHLÄCHTEREI**  
mit Maschinenbetrieb, mit Phosphorbomben, mit Giftgasen, mit Flugzeugen und Tanks, heilig gesprochen immer noch von den Nationalisten aller Länder, von unbeherrschten Berufsmilitärs und von den Kanonienlieferanten in der von ihnen gekauften Presse, wird vollends als bloße internationale Profitgier entlarvt. Jemand, der erstaunlich Bescheid weiß, ist bei den Schleier des Geheimnisses über die furchtbaren Tatsachen, die bisher hinter nationalen Phrasen ängstlich verborgen gehalten worden sind. Lest **Otto Lehmann-Rußbaldts Schrift**  
**„DIE BLUTIGE INTERNATIONALE DER RÜSTUNGS-INDUSTRIE“**  
5. Auflage (31.-40. Tausend). In 9 Sprachen übersetzt, erweitert und zugleich verbilligt: jetzt 1.- RM.  
**FAKELREITER-VERLAG, BERLIN W 15,**



## Die Aenderungen im Reichswahlrecht.

Durch Verordnung des Reichspräsidenten ist das Reichswahlgesetz in einigen Punkten geändert worden. Obwohl gefragt werden muß, ob das zu seinem Verordnungsbereich gehört.

**Auslandsdeutsche, die sich am Wahltage im Inland aufhalten, können an der Wahl teilnehmen, indem sie einen Stimmschein ausgestellt erhalten.**

Das gleiche gilt für die deutschen diplomatischen und konsularischen Beamten und ihre Hausstandsangehörigen, ferner für die Besatzung von See- und Binnenschiffen, die für keinen festen Wohnsitz polizeilich gemeldet sind.

**Ferner sind neue Bestimmungen über die Einreichung der Kreiswahlvorschläge getroffen.**

Wählergruppen, die keinen Abgeordneten in den Reichstag vom November 1932 entsandt hatten, müssen nunmehr für mindestens einen ihrer Kreiswahlvorschläge soviel Unterschriften aufbringen, wie Stimmen zur Erlangung eines Sitzes im Wahlkreisverband erforderlich sind, also 60 000. Ist diese Bedingung erfüllt, so genügen für jeden anderen Kreiswahlvorschlag dieser Partei 50 Unterschriften.

Der Reichsminister des Innern weist darauf hin, daß die Kreiswahlvorschläge mit Ablauf des 16. Februar eingereicht sein müssen. Für die Reichswahlvorschläge läuft die Frist bis zum 19. Februar.

Der hessische Landtag ist auf Montag, den 6. Februar, zu einer Sitzung einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht ein nationalsozialistischer Antrag auf Auflösung und ein gleicher Antrag der Kommunisten. Nationalsozialisten, Deutschnationale und nationale Einheitsliste haben von den 70 Mandaten 35, die Kommunisten 8.

## Der Wanderer aus dem Süden.

Adolf Hitler nahm am Donnerstagabend die Gelegenheit wahr, sich im Reichsrat vorzustellen. Er bezeichnete dort in der bei ihm bekannten Sprache als die besondere Aufgabe der jetzigen Reichsregierung, aus den alten Wurzeln deutscher Kraft „dieselbe Größe wieder zu ziehen und auch einst wieder zu gestalten“. Ueber das fernere Schicksal der deutschen Sprache, die bei ihm schon immer stiefmütterlich weggekommen ist, machte er sich im Reichsrat öffentlich keine Gedanken. Im übrigen teilte er die keineswegs unbekannteste Tatsache mit, daß er aus dem Süden käme, als Staatsbürger einem norddeutschen Staat angehöre und in der deutschen Geschichte lebe.

Ministerialdirektor Dr. Brecht, der die Preußenregierung vor dem Leipziger Staatsgerichtshof gegen den Ueberfall der Reichsregierung verteidigt hatte, bekam die Aufgabe, dem Wanderer aus dem Süden zu antworten. Er machte dies selbstverständlich erheblich geschickter, als sein Vordredner sich eingeführt hatte, und ermahnte diesen redlich, sich an sein Versprechen zu halten und die Geschäfte des Reichs unparteiisch und gerecht gegen jedermann zu führen. Sehr nach Vertrauen sieht diese Antwort nicht aus.

## Faschisten aller Länder — wie gleicht ihr euch!

„Eine bedauernde Verzerrung.“

Das italienische halbamtliche „Giornale d'Italia“ bringt ein Interview seines Berliner Korrespondenten mit Hitler. Darin heißt es an einer Stelle:

## Bürgerkrieg geht fort. SA aktiv.

Altona. Am Donnerstag nachmittag wurde bei einer von Nazis eröffneten Schießerei ein unbeteiligter Spaziergänger erschossen

und sieben Personen verletzt, teils schwer. Daß die Nazis das Feuer eröffnet haben, geht aus dem Bericht der NSDAP-Pressestelle Altona hervor: „Plötzlich fing die Menge (angeblich Kommunisten. Red.) an, zu johlen, und, aufgeputzt durch einige Anführer, setzte sie sich in Laufschrift. Die ungeheure Uebermacht hätte sicher die SA-Männer überrannt. Jetzt, in höchster Notwehr, zogen einige SA-Männer ihre Revolver und gaben Schüsse ab, durch die sie die Menge in Schach hielten, bis die Polizei erschien.“ Der Polizeibericht sagt: „Etwa 80 Nationalsozialisten wurden, zuerst am Rathaus, von politischen Gegnern ohne triftigen Grund bedroht und hart bedrängt. Die Nationalsozialisten wehrten sich durch Abgabe einiger Schüsse. Sie zogen in Richtung Königstraße weiter, wo sie auf die nachströmende Menschenmenge und die sich vor der Menge befindlichen Polizeibeamten nochmals schossen. Die Beamten erwiderten das Feuer.“ Die „Bedrohung“ und „harte Bedrängung“ soll darin bestanden haben, daß ein unter SA-Bedeckung umziehender SA-Mann belästigt wurde.

Bühl (bei Baden). Der Arzt Dr. Weber aus Steinbach stellte sich der Polizei, nachdem er dem SA-Mann Guwang drei Bauchschüsse beigebracht hatte. Die Schießerei hatte sich am Mittwoch im Anschluß an eine „Feier“ bei einem Wortwechsel auf der Straße abgespielt. Weber gibt an, er habe in Notwehr geschossen. Er soll der Zentrumsparlei angehören.

Duisburg-Wanheimer Ort. Am Donnerstag wurde die 29jährige Frau Strut, als sie das Fenster öffnete, von Unbekannten durch einen Kopfschuß getötet.

Köln. Am Donnerstag früh gegen 4 Uhr griffen etwa 30 Nazi das August-Bebel-Haus (Sitz der „Rheinischen Zeitung“) an. Sie schossen. Ueberfallkommando. Flucht der Nazis. Drei festgenommen.

Rendsburg. Ueberfall auf Gewerkschaftshaus. Polizei schlug ihn zurück.

Witten. Die Polizeipressestelle Bochum teilt mit: „Am Donnerstag abend gegen 19 Uhr demonstrierten in Witten a. d. Ruhr etwa 1000 Anhänger der SPD. Als sie in der Poststraße an dem Lokal der NSDAP vorbeizogen, fielen plötzlich mehrere Schüsse, die von Angehörigen der NSDAP

## Verdächtige Eile bei der Reichstagsauflösung.

Der Vorsitzende der Zentrumsparlei, der Prälat Kaas, veröffentlicht jetzt den Briefwechsel, den er mit Hitler in der Frage der Regierungsbeteiligung oder -tolerierung geführt hat. Man sieht an diesem Briefwechsel deutlich den Unterschied zwischen Politikern mit einer eigenen politischen Auffassung und etwa einem sozialdemokratischen Biedermann, der auf alle Fälle mit dabei sein möchte, auch wenn es dabei erforderlich ist, wie der famose Heinrich Schulz seiner Zeit herumdozierte, den Feinden der Arbeiterschaft einen Herzenswunsch zu erfüllen. Der hoffnungslos Blamierte ist in diesem Fall Herr Hitler, der einen langen Brief voller krauser Ausreden an Kaas schreibt, in dem er zu begründen versucht, weshalb er auf dessen Fragen nicht antwortet. Wir können diesen Brief hier nicht abdrucken, weil wir es für unverantwortlich halten, so nichtssagende Dokumente in epischer Breite auszuführen. Sie bestätigen nur immer wieder den Geist des Mannes, den wir häufig charakterisiert haben, zuletzt in der gestrigen Nummer. Der Prälat Kaas hat in eindeutiger Weise nachgewiesen, was Hitler denn auch nicht bestritten hat, daß Fragen über die Regierungsbeteiligung des Zentrums oder der Bayerischen Volkspartei mit Bezug auf die jetzt gebildete Reichsregierung gar nicht erörtert worden seien, und daß also „die amtliche Verlautbarung über die Auflösung des Reichstags sich auf die unrichtige Behauptung stützt, daß eine Mehrheitsbildung sich als unmöglich erwiesen habe“. Kaas erklärt gleichzeitig in diesem Brief, daß er eine Abschrift an den Reichspräsidenten geschickt habe, was offenbar nicht ein Ausdruck besonderen Vertrauens ist.

Inzwischen haben die Bayerische Volkspartei und die Zentrumsparlei, jede für sich, an den Reichspräsidenten geschrieben und ihm mitgeteilt, daß die Auflösungsverordnung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstags eine Begründung enthalte, der sie sachlich widersprechen müßten, wozu man im gewöhnlichen Leben sagt: die unwahr sei. In der Begründung steht nämlich, die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag habe sich als nicht möglich herausgestellt. Da Zentrum und Bayerische Volkspartei die Beteiligung an einer Regierung oder die Tolerierung einer Regierung nicht abgelehnt haben, so ist klar, daß jemand da gewesen sein muß, der es besonders eilig gehabt hat mit der Reichstagsauflösung. Wer hat ein Interesse an der Reichstagsauflösung, und zwar an der sofortigen? Keine Minute Zeit zu verlieren hatten die junkerlichen Diebe aus dem Osten, deren unsaubere Machinationen so zum Himmel stinken, daß sie trotz aller Vorsichtsmaßnahmen der Freunde und Gönner an allen Ecken und Enden nicht mehr völlig zu verbergen waren. Wo saß ihr Verbindungsmann?

## Eine rasche Osthilfe-Aktion!

### Ist eine proletarische Antwort möglich?

Die Sicherungsverfahren in Ostelbien werden nach Kräften in die Länge gezogen, um so die Großagrarien möglichst lange vor dem Gerichtsvollzieher zu sichern.

Wie rasch jene Herren arbeiten können, zeigt Folgendes: Zum frühestmöglichen Termin nach der Reichstagsauflösung, bereits am Donnerstag Vormittag, hat die Reichsregierung vom Unterausschuß des Haushaltsausschusses des Reichstags die amtlichen Akten über die Osthilfe, die ihm vorgelegt hatten, zurückgefordert, da „durch die Auflösung des Reichstags die Akten dort zur Zeit nicht mehr benötigt werden“.

Wird der Kommunist Torgler, der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, irgend einen Weg finden, die Akten vor dem Verschwinden in Geheimschränke zu bewahren? Etwa indem er sie dem ständigen „Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung“ (der nach Artikel 35 der Reichsverfassung die Rechte eines Untersuchungsausschusses hat) übergibt zu Händen von dessen Vorsitzenden, des Sozialdemokraten Paul Löbe? Mag sein, daß die ostelbischen Herren dann veranlassen, daß jene für sie sehr peinlichen

„Der Kanzler erinnerte daran, daß einige ausländische Blätter geäußert hätten, er werde als verantwortlicher Chef der Regierung eine vorsichtiger Sprache führen als in früheren Zeiten. Hitler wies eine solche bedauernde Verzerrung der Tatsachen energisch von sich...“

### Der Mann des Friedens.

Nach dem in Deutschland üblichen Prinzip, daß die jeweiligen Reichskanzler, je nationaler sie eingestellt sind, sich umso mehr um die Gunst der ausländischen Presse bemühen, gab Hitler am Donnerstag eine Erklärung an englische Journalisten ab. Aus dem sicheren Gefühl seiner eigenen Hilflosigkeit

Akten mit Polizeigewalt bei Löbe abgeholt werden. Aber darauf sollte man es erst einmal ankommen lassen!

Wer weiß übrigens, welche Rolle der Wunsch, jene Osthilfe-Akten dem Reichstag und damit der Presse möglichst rasch wieder zu entreißen, bei dem plötzlichen Entschluß zur Auflösung des Reichstags gespielt hat? Schleicher stürzte unter anderem deshalb, weil er die Osthilfe-Skandale der Öffentlichkeit preisgab, das ist klar. Um so wichtiger wäre es, die Skandalfälle im einzelnen genauer kennen zu lernen, als das bisher möglich war!

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, ist von seinem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Löbe, für Dienstag, den 7. Februar, elf Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen ein sozialdemokratischer Antrag auf Sicherung der Freiheit der Wahl und der Wahlagitator, und sozialdemokratische und kommunistische Anträge über die Untersuchung der Osthilfe. Der Ueberwachungsausschuß wird die von der Regierung vom Unterausschuß des Haushaltsausschusses zurückgenommenen Osthilfeakten von neuem anfordern.

gegenüber den vor ihm liegenden Problemen bat er die Welt-  
presse,

kein voreiliges Urteil zu fällen.

Man habe ihn als einen Mann dargestellt, der blutdürstige und aufwiegende Reden gegen die anderen Länder halte, und jetzt sei die Welt über seine Mäßigung überrascht. Er habe aber niemals eine aufwiegende Rede gehalten; im Gegenteil würden ihn sogar seine vor zehn oder zwölf Jahren gehaltenen Reden als einen Mann des Friedens zeigen.

Ueber die Möglichkeit eines künftigen Krieges befragt, erklärte Hitler, — niemand wünsche den Frieden und die Ruhe mehr als er und das deutsche Volk, aber wie alle anderen Staaten bestehe er auf Gleichberechtigung und auf einen angemessenen Platz in der Welt, genau so, wie die Engländer in derselben Lage für ihr Land darauf bestehen würden.

### Das Verdienst der Regierungserklärung.

Die italienischen Faschisten, die in ihrer geistigen Verbundenheit mit den Nationalsozialisten das an anderen Stellen mangelnde Verständnis für den Programmpunkt Hitlers, sein Programm geheimzuhalten, aufbringen, schreiben im „Lavoro Fascista“, als Verdienst der Regierungserklärung müsse man gerade auch das betrachten, was nach dem Urteil der Berliner demokratischen Presse als ihr größter Nachteil erscheine, daß sie nämlich nicht im Einzelnen dargelegt habe, mit welchen Mitteln die Regierung die Arbeitslosigkeit und die andauernde Verarmung der Landwirtschaft zu bekämpfen gedenke. Denn das heiße soviel, daß die Regierung auf dem Boden der Wirklichkeit zu bleiben gedenke und daß sie die Mittel den jeweils auftretenden Umständen anpassen wolle.

### Die Gratulanten.

Eine Abordnung der Faschistischen Liga Englands, die von Sir Oswald Mosley ins Leben gerufen worden ist, sprach am Mittwoch plötzlich bei der Deutschen Botschaft in London vor, um ihre Glückwünsche zum Antritt Hitlers auszusprechen und zu versprechen, daß sie alle ihre Kräfte gegen den internationalen Kommunismus, die größte Gefahr der heutigen Zeit, einsetzen würden. Da der Botschafter nicht anwesend war, nahm ein Beamter der Botschaft diese frommen Wünsche dankend zur Kenntnis.

### BERLIN

Sonntag, den 5. Februar, 11 Uhr,  
in der „KAMERA“, Unter den Linden 14:

## Morgenveranstaltung

des „Funken“, die dazu beitragen soll, den weiteren Kampf des „Funken“, insbesondere gegen den Krieg, finanziell zu unterstützen.

ERNST GLAESER, ALEXANDER GRANAACH,  
ERICH MÜHSAM, THEODOR PLIVIER, GERT  
THOMAS (an der Orgel) wirken mit.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1.— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Karten können im Vorverkauf bezogen werden bei der Internationalen Verlagsanstalt G. m. b. H., Berlin SW 19, Inselstraße 8a. Außerdem bei den Verkäufern des „Funken“. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

# Der Welthandel 1932.

Die Weltwirtschaftskrise, die nach vielfachen Ansichten im vergangenen Jahre angeblich ihren Höhepunkt erreicht hat, zeigt eine ihrer schwersten Auswirkungen zweifellos in dem Rückgang des Welthandels. Mit zunehmender Krisenvertiefung waren beinahe ohne Ausnahmen fast alle Länder bemüht, im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit im Inlande die noch vorhandenen Aufträge in möglichst hohem Maße der eigenen Industrie zu erhalten. Die Auswirkung war eine bisher in ihrem Ausmaße noch nicht dagewesene Welle von Hochprotektionismus mit der Wirkung, daß Zollerhöhungen, Einfuhrsperren und Außenhandelskontingente den weltwirtschaftlichen Güterumschlag in einem außerordentlich starken Maße gedrosselt haben.

Nach den jetzt vorliegenden Außenhandelsergebnissen der Welt für das 3. Vierteljahr 1932 ergibt sich nach den Berechnungen des deutschen Statistischen Reichsamtes, daß die

**Außenhandelsumsätze der 48 wichtigsten Länder im 3. Vierteljahr 1932 gegenüber dem Jahre 1931 um 39 Prozent und gegenüber 1929 um rund 65 Prozent zurückgegangen**

sind. Dabei handelt es sich um wertmäßige Angaben, so daß man den Rückgang der Welthandelspreise bei der Beurteilung dieses Ergebnisses nicht außer acht lassen darf. Der Welthandelsumsatz betrug in der gleichen Zeit schätzungsweise 22 Milliarden Mark, gegenüber 36 Milliarden Mark im Jahre 1931 und 62 Milliarden Mark im Jahre 1929. Dieser scharfe Rückschlag im Außenhandel findet seine Parallele im Rückgang der Ziffern für die industrielle Weltproduktion, die 1932 den niedrigsten Stand innerhalb der letztvergangenen zehn Jahre erreicht hat und damit unter den Produktionsstand des letzten Vorkriegsjahres gesunken ist. Die eben angegebenen Außenhandelsziffern erfassen zwar nur das 3. Vierteljahr 1932; sie können aber trotzdem als typisch angesprochen werden, weil die Außenhandelsbilanzen der einzelnen Länder für die letzten 3 Monate des abgelaufenen Jahres erkennen lassen, daß die Tendenz sich nicht entscheidend geändert hat. Von dem zuletzt erreichten Vierteljahrsumsatz von 21,9 Milliarden Mark entfallen 11,5 Milliarden Mark auf die Einfuhr und 10,4 Milliarden Mark auf die Ausfuhr. Von besonderem Interesse ist dabei die Feststellung, daß der

**Außenhandel der 25 wichtigsten in der Statistik einbezogenen europäischen Länder beträchtlich stärker abgenommen hat als der Welthandelsumsatz der 23 außer-europäischen Länder.**

Gegenüber dem entsprechenden Vierteljahr 1931 beträgt für die europäischen Länder der Rückgang des Außenhandelsumsatzes 40,4 Prozent, gegenüber 38,7 Prozent der Welt. Der Rückgang des Außenhandelsumsatzes der 23 außer-europäischen Länder dagegen beträgt nur 35,8 Prozent. Daraus wird erkennbar, daß das abgelaufene Jahr die Außenhandelsbeziehungen der europäischen Länder besonders stark getroffen hat.

Innerhalb der einzelnen Länder zeigen sich nach wie vor außerordentlich unterschiedliche Ergebnisse, die einen Gradmesser für die Krisenschwere in den einzelnen Ländern darstellen. Bei der Einfuhr zeigen sich gegenüber dem Vergleichsvierteljahr 1929 die schärfsten Rückschläge bei Deutschland mit 68,3 Prozent, bei Finnland mit 68,1 Prozent, bei Italien mit 66 Prozent, bei Bulgarien mit 64,8 Prozent und bei Rumänien mit 63,8 Prozent. Der Einfuhrückgang Frankreichs betrug demgegenüber nur 47,8 Prozent und derjenige der Schweiz nur 43,2 Prozent.

Bei den Veränderungen in der Ausfuhr zeigen sich ähnlich große Unterschiede. Während die Ausfuhr Rumäniens verglichen mit dem Vorjahre zum Beispiel um 26 Prozent abnahm, verminderte sich die Ausfuhr Ungarns um 59 Prozent. Interessant ist auch die Tatsache, daß die

**Ausfuhr der europäischen Länder nach Europa gegenüber dem Vorjahre stärker gesunken ist, als die Ausfuhr nach Uebersee.**

Besonders auffallend ist dabei die veränderte Richtung des Außenhandels von Großbritannien, Italien, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Während im 3. Vierteljahr 1931 von der Gesamtausfuhr der 28 europäischen Länder 72,5 Prozent nach Europa ging, ist dieser Anteil 1932 auf 69,2 Prozent gesunken.

Über die Umschichtungen im Welthandel schreibt das deutsche Statistische Reichsamte: „Der verhältnismäßig starke Rückgang der Lebensmittel- und Rohstoffpreise, aber auch die mengenmäßig größere Verminderung infolge der Bedarfs-schrumpfung in den Verarbeitungs- und Verbrauchsländern haben den Anteil der Lebensmittel- und Rohstoffe am Welthandel bis zum Herbst 1930 gesenkt. Von diesem Zeitpunkt ab ist aber infolge der hierdurch stärker verminderten Kaufkraft der Ueberseeländer der Welthandel in Fertigwaren erheblich mehr gesunken als der Welthandel in Lebensmitteln, während der Rückgang des Rohstoffhandels etwa dem des Fertigwarenhandels gleichkam. ... Im Berichtsvierteljahr hat der Rohstoffhandel infolge des erneut verminderten Einfuhrbedarfs der Vereinigten Staaten von Amerika, Japans, Frankreichs und Großbritanniens wieder stärker abgenommen als der Fertigwarenhandel. Damit liegt der Welthandel in Rohstoffen und Fertigwaren wertmäßig um etwa je 10 Prozent und der in Lebensmitteln um rund 33 Prozent unter dem Vorjahrsstand.“ Diese Feststellung ist besonders wichtig im Hinblick auf die Beurteilung, die man der von den Vereinigten Staaten ausgehenden Preishausse für Rohstoffe — die inzwischen wieder einem Rückschlag Platz gemacht hat — als Merkmal für den Konjunkturschwung beilegen darf.

Diese an sich trockenen statistischen Zahlen, die in ihrer Nüchternheit besonders eindringlich die Zerstörung des Welthandels kennzeichnen, sollten insbesondere den Vertretern auf der kommenden Weltwirtschaftskonferenz eindringlich vor Augen führen,

**zu welcher Katastrophe die bisherige engstirnige Politik geführt hat, die angeblich nationale Interessen glaubte höher bewerten zu müssen, als die wirtschaftliche Arbeitsteilung.**

Wenn man sich gleichzeitig ins Gedächtnis zurückruft, daß die „Autarkiebestrebungen“ und die protektionistische Handelspolitik die Arbeitslosigkeit nicht verringert haben, sondern im Gegenteil größer werden ließen, dürfte es schwer fallen, ernsthafte beziehungsweise ernst zu nehmende Argumente dafür noch ins Feld zu führen, daß der Ausweg aus der Krise mit den unzulänglichen Wirtschaftsmaßnahmen eines einzelnen Landes erreicht werden kann.

**Im Gegenteil: Beseitigung der Handelshemmnisse auf breiter internationaler Basis und Neuaufbau der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, das sind Möglichkeiten, die durch die fehlerhafte kapitalistische Wirtschaftsführung verursachten Notstände in der Welt zu mildern.**

Kg. (IGB.)

## Ruhm zollpflichtig.

Zoll wird nicht etwa nur auf das alkoholische Getränk *Rum* erhoben, sondern auch auf *Ruhm*. Das erfuhr kürzlich der Kölner Dirigent *Abendrot*, als er von einer Konzertreise aus Holland zurückkehrte: er mußte nämlich an der Grenze für 32 Kilogramm Lorbeerkränze 32 Mark Zoll bezahlen. — Preisfrage: Um wieviel könnten in Deutschland die Steuern gesenkt werden, wenn die Bürokraten-Kunststücke besteuert würden?

tische oder sonstige Verfahren auf einen höheren Eisengehalt (zum Beispiel von 30 auf 50 Prozent) gebracht worden ist, wird es nach dem Hüttenwerk verladen, wo es mit dem zweiten Hauptrohstoff der Eisengewinnung, mit der Kohle, zusammen-trifft, um mit ihr gemeinsam in den Hochofen, den eigentlichen Erzeuger des metallischen Eisens, zu wandern.

## Hüttenwerk.

Ein moderner Hochofen, der täglich etwa 1000 Tonnen Roheisen erzeugt, bedarf während dieser Zeit einer Rohstoffzufuhr an Erzen und Kohle von zusammen etwa 3000 Tonnen. Da oft mehrere Hochofen gleichzeitig betrieben werden, so sind in Deutschland Eisenhütten, die täglich bis zu 12 000 Tonnen Rohstoffe verschlucken, keine Seltenheit. Eine entsprechende Materialmenge muß natürlich täglich in Form von Hütten-erzeugnissen, Neben- oder Abfallprodukten aus den Hüttenbetrieben wieder abfließen. Aus diesem gewaltigen Materialumschlag ergibt sich das erste jedem Beschauer in die Augen stechende Kennzeichen eines Hüttenwerkes: der ungeheure Apparat von Transporteinrichtungen aller Art wie fahrbare Krane, Verladebrücken, Förderanlagen, Bahnanstöße, ganze Eisenbahnwagen in einem Zuge entleerende Wagenkipper u. s. w.; daneben ausgedehnte Lagerplätze (Halden), wo die Materialien in allen Verarbeitungsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt aufgestapelt werden.

## Koksofen-Batterien.

Die Eisenerzeugung im Hochofen — ein sogenannter Reduktionsprozeß — beruht im wesentlichen darauf, daß sich bei der durch Verbrennung eines Teils der Kohle im Hochofen erzeugten sehr hohen Temperatur ein anderer Teil der Kohle mit dem Sauerstoff des Eisenerzes chemisch verbindet und dadurch das metallische Eisen freimacht. Die Erfahrung hat nun ergeben, daß zu diesem Zweck gewöhnliche Steinkohlen — weil sie sich aufblähen, zusammenbacken, Gase und Dämpfe entwickeln und durch das alles den Ofengang stören — unbrauchbar sind, daß vielmehr nur entgaste Kohle, sogenannter Koks, verwendet werden kann.

Hierdurch erwächst dem Hüttenwerk die Aufgabe, in besonderen Nebenanlagen die benötigten großen Mengen Hochofenkoks aus der als Rohstoff gewonnenen oder bezogenen Steinkohle herzustellen. Zu diesem Zweck wird die Steinkohle in luftdichten, feuerfesten, je etwa 20 Tonnen fassenden, ihrerseits zu Koksofenbatterien von etwa 60 Stück vereinigten

## Internationaler Wettbewerb: Wie erschwert man am besten den internationalen Warenaustausch?

Wenn erst in einem Land mit Zöllen, Einfuhrbeschränkungen, Devisenbewirtschaftung und anderen Mitteln auf eine Autarkie hingearbeitet wird, so ist es bei der internationalen Verflechtung der Handelsbeziehungen nicht verwunderlich, daß bald — fast automatisch — von den anderen Ländern her ähnliche Erschwerungen der Einfuhr kommen. Welch merkwürdige Formen diese Erschwerungen mitunter annehmen, zeigen zwei Beispiele.

In Frankreich: Auf Grund des deutsch-französischen Vertrages ist jetzt in Paris ein Büro gegründet worden „Office franco-allemand des paiements commerciaux“ (Französisch-deutsches Büro für Handelszahlungen). Alle französischen Importeure von Eisen, Stahl, Maschinen, Maschinenteilen, Pelzwaren, Holz, Papier u. s. w. aus Deutschland können von diesem Büro — nachdem das Einfuhramt, die Zollbehörde u. s. w. gefragt worden sind — durch Vermittlung der Reichsbank Reichsmarkbeträge zur Bezahlung der deutschen Verkäufer erhalten; die Einfuhrbewilligung gibt es aber erst, wenn 10 Prozent der Warenrechnung an das Büro bezahlt sind. Da bisher üblicher Weise mit Dreimonats-Wechseln (also erst nach drei Monaten) gezahlt wurde, bedeutet die neue Forderung, 10 Prozent des Betrages im voraus zu bezahlen, eine erhebliche Erschwerung des internationalen Handels.

In der Tschechoslowakei erhielt eine Importfirma von der dortigen Devisenbeschaffungstelle folgendes Schreiben: „Damit Ihr Ansuchen um Devisenbescheinigung erledigt werden kann, fordern wir Sie auf, die restliche Steuerschuld von 10 000 Kronen zu bezahlen und den Beleg über die vollzogene Ueberweisung binnen acht Tagen der Devisenkommission vorzulegen.“

Die betreffende Firma gibt an, 990 000 Kronen Steuern bereits bezahlt zu haben, sodaß sie nur noch mit 1 Prozent im Rückstand war. W. F.

## Geringe Reichsbank-Belastung.

	Gold	Devisen	Reichs-schatz-wechsel	Lombard-ford	Wechsel, Schecks	Noten-menge	Giro-guthaben	Gesamt-Geld-menge
23. 1. 1932	956	151	7	103	3407	4198	371	5973
31. 1. 1932	948	145	33	154	3632	4407	394	6320
23. 12. 1932	800	118	9	103	2546	3371	386	5367
31. 12. 1932	806	114	1	176	2806	3560	540	5656
23. 1. 1933	807	115	9	68	2287	3144	387	5031
31. 1. 1933	822	101	44	93	2459	3333	345	5352

Die Deckungsbestände haben einen Zugang von 1,4 Millionen Mark aufzuweisen.

Die Ausleihungen sind, wie üblich am Monatsende, gestiegen, und zwar um 232 Millionen Mark. So gering war die zusätzliche Inanspruchnahme der Reichsbank am Monatsende seit Jahren nicht. Bey.

## DEUTSCHLAND

Auch die Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G. erhöht die Dividende von 4 auf 5 Prozent auf ihr Aktienkapital von 40 Millionen Mark. Sie weist einen gegenüber dem Vorjahre von 1,76 auf 2,25 Millionen Mark gestiegenen Reingewinn auf, trotz einer anscheinend ziemlich großzügigen Reservenaufbildung. Die Zahl der Kunden stieg von rund 6200 auf rund 7800. Direkte Kredite an die Landwirtschaft hat die Bank nicht gewährt. Wie man hört, im Hinblick auf die Osthilfepolitik der Regierung, der die Aktien der Bank gehören!

## 12) WIRTSCHAFTSWISSEN.

### Eisenerz und Kohle.

#### Eisenerz.

Nach neueren Schätzungen der chemischen Zusammensetzung unserer Erdkruste steht unter den in ihr vorkommenden metallischen Elementen das Aluminium mit etwa 7,5 Gewichtsprozent an erster Stelle. Dann folgt das Eisen mit etwa 4,2 Prozent. Die besonderen Eigenschaften des Eisens im Verein mit seiner leichteren Gewinnbarkeit selbst mittels der ursprünglich unvollkommenen Hilfsmittel der Technik haben ihm im Laufe der geschichtlichen Entwicklung die überragende Stellung verliehen, die es heute noch unbestritten inne hat.

Weil es leicht verwittert, kommt das Eisen als reines Metall in der Natur nicht vor. Man gewinnt es vielmehr aus den Eisenerzen: geologischen Ablagerungen, die aus chemischen Verbindungen des Eisens mit anderen Stoffen, insbesondere mit Sauerstoff bestehen.

In fast allen Ländern kommen Eisenerze in erheblicher Menge vor. Diese Vorkommen sind nicht alle wirtschaftlich verwertbar. Hierfür sind vielmehr unter anderen noch folgende Bedingungen wesentlich: Der Eisengehalt der Erze darf nicht zu niedrig sein (Untergrenze der Verwertung in Deutschland heute etwa 30 Prozent); ferner dürfen die Erze keine zu großen Mengen für die Eisenqualität schädlicher Stoffe wie Phosphor, Schwefel, Arsen enthalten; die Gewinnungskosten (Abbaukosten) dürfen nicht zu hoch sein; die Verkehrswege (Transportverbindungen, Nähe von Kohlenlagern zur Weiterverarbeitung) muß wirtschaftlich günstig sein.

Deutschland deckt zur Zeit nur etwa 20 Prozent seiner Eisenerzeugung durch im Inland gewonnene Erze; einige der wichtigsten in Deutschland verhütteten Erze sind: Magneteisenstein (aus Schweden und Norwegen), Roteisenstein (aus Spanien und Neufundland), Brauneisenstein (aus Lothringen).

Nachdem das Erz an seinem Fundort gewonnen und eventuell noch angereichert, das heißt: durch mechanische, magne-

Kammern mittels besonderer, durch die bei dem Prozeß selber entstehenden Koksofengase beheizter Feuerungsanlagen etwa 20 Stunden lang sehr stark erhitzt. Hierbei entweicht unter Zurücklassung der festen Koksmaße etwa ein Viertel des ursprünglichen Kohlegewichtes in gasförmigem Zustande aus den Kammern und wird nach Behandlung in einem besonderen System von Kühl-, Reinigungs- und Trennvorrichtungen teils in flüssigem, teils in gasförmigem Zustande gewonnen. Unter diesen Nebenprodukten der Kokerzeugung sind außer dem schon erwähnten, in vielfacher Weise zur Wärme- und Kraft-erzeugung verwendeten Koksofengas vor allem Teer, Ammoniak und Benzol zu nennen, die heute die Grundlage ausgedehnter selbständiger Industriezweige vornehmlich auf den Gebieten der Farbstoff-, Arzneimittel-, Sprengstoff- und Kraftezeugung bilden.

## Der Hochofen.

Der Hochofen, in den Koks und Eisenerze gemeinsam hineinwandern, besteht in seiner modernen Ausführung aus einem im Querschnitt kreisrunden, sich nach oben und unten etwas verengenden, senkrecht stehenden Schacht von etwa 30 Meter Höhe und etwa 6 bis 7 Meter Durchmesser. Rauminhalt also etwa 900 Kubikmeter. Die aus ganz besonders feuerfestem Material aufgemauerten Wände sind etwa 1 Meter dick und werden von außen durch einen Stahlplattenpanzer zusammengehalten.

An seinem oberen Ende trägt der Hochofen einen zu seiner Beschickung mit Erz und Kohle dienenden komplizierten doppelt-wirkenden Verschluss, der es ermöglicht, das Beschickungsgut — die Gicht — unter dauernd gasdichtem Abschluß des Ofens in der erforderlichen präzisen Weise in den Ofen einzubringen und zu verteilen. Das geschieht durch einen mittels Schrägaufzuges vollkommen maschinell gesteuerten, etwa 11 Kubikmeter großen Gichtkübel, der mit einem einzigen Hub bis zu 15 Tonnen Erz in den Hochofen befördert. Jeder Erzgicht geht eine Kokgicht (bis 8 Tonnen) voraus, und so wechseln beide, die zusammen die Beschickung bilden, in Abständen von etwa 10 bis 50 Minuten jahraus jahrein mit einander ab, solange die Hochofenreise dauert, das heißt: während der ganzen Betriebszeit vom Anblasen bis zum Ausblasen des Hochofens. Im Durchschnitt rechnet man heute mit 5 bis 6 Jahren, wenn auch Betriebszeiten bis zu 16 Jahren und mehr nichts Ungewöhnliches sind; in England wird sogar von einer 38jährigen Hochofenreise berichtet. B. K.